



## **Maßnahmenkatalog der Bundesregierung zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und Rassismus**

Die Bundesregierung hat am 02.12.2020 ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus beschlossen.

Im Vorfeld hatte sich der im März dieses Jahres eingerichtete Kabinettsausschuss der Bundesregierung zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus auf das Maßnahmenpaket verständigt. Insgesamt 89 Einzelprojekte sollen ein stärkeres Bewusstsein für Rassismus schaffen, mehr Prävention leisten, Betroffene vor Diskriminierung stärker schützen und für mehr Anerkennung einer pluralen Gesellschaft sorgen. Die Bundesregierung will für diese Vorhaben zwischen 2021 und 2024 mehr als eine Milliarde Euro zur Verfügung stellen. Sofern der Haushaltsausschuss des Bundestages zustimmt, sollen noch weitere 150 Mio. Euro hinzukommen.

Aus kommunaler Sicht ist auf folgende Maßnahmen hinzuweisen:

### **Zentrale Hilfs- und Beratungsstelle für Betroffene**

Es soll eine bundesweite Beratungsstelle mit Hilfehotline geschaffen werden, um Betroffenen von Diskriminierung und Gewalt schnell und unbürokratisch zu helfen. Das psychologisch geschulte Personal wird sieben Tage die Woche erreichbar sein. Um gleichzeitig Daten für die Forschung zu erhalten, die auch die Opferperspektive einbezieht, erfasst die Hotline deshalb anonymisiert die Beratungsfälle und erstellt daraus ein Rassismus-Barometer.

### **Gesetzliche Grundlage für die Demokratieförderung und Extremismus-Prävention**

Zur Verbesserung der rechtlichen und haushalterischen Rahmenbedingungen des zivilgesellschaftlichen Engagements für Demokratie, Vielfalt und gegen Extremismus werden BMI und BMFSFJ zeitnah Eckpunkte für ein Gesetz zur Förderung der wehrhaften Demokratie erarbeiten.

### **Stärkung kommunaler Präventionsarbeit**

Die Kommunen sollen durch eine Verstärkung bisheriger Bundesprojekte (u. a. „Demokratie leben“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“) und neuer Projekte im Bereich Demokratieförderung, bürgerschaftliches Engagement, Konfliktmanagement durch Erarbeitung von Kriterien zur Erhebung von Bedrohungen und Demokratiefeindlichkeit in Kommunen sowie Stärkung der politischen Bildung gefördert werden.

### **Stärkung der Arbeit gegen Hass im Netz**

Hassgewalt soll unter anderem durch die Erweiterung der Kompetenzzentrums „Hass im Netz“ und ein neues Modellprojekt effektiver bekämpft werden.

## **Strafrechtsverschärfungen**

Sogenannte Feindeslisten, auf denen Rechtsextreme öffentlich politische Gegner bedrohen, sollen explizit unter Strafe gestellt werden. Geplant ist auch ein neuer Straftatbestand „für antisemitische oder rassistische Hetze“, die direkt an die Betroffenen gerichtet ist und deshalb nicht als Volksverhetzung gilt. Außerdem soll der Begriff „Rasse“ aus Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz gestrichen werden. Schärfere Vorschriften sollen künftig für Rechtsextreme und Rassismus in der Bundeswehr gelten. Strafen sollen teils verdoppelt, die Möglichkeiten, Dienstgrade abzuerkennen, erweitert werden.

## **Polizei und Sicherheitsbehörden**

Das Paket der Bundesregierung sieht ein Forschungsprojekt „Untersuchung des Polizeialltags“ vor und zusätzliche Maßnahmen, um die „Zusammenarbeit zwischen Polizei und Zivilgesellschaft“ zu stärken. Vorgesehen ist zudem die Einführung einer rechtlichen Grundlage zur Quellentelekommunikationsüberwachung für die Nachrichtendienste des Bundes.

## **Schutz vor Diskriminierung**

Die Frist, Ansprüche nach dem Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz anzumelden, soll auf sechs Monate verlängert werden. Die Befassung mit der NS-Geschichte soll - „gegebenenfalls“ - im Richtergesetz verankert werden. Für die Weiterbildung von Staatsanwältinnen und Richtern hinsichtlich Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus will sich die Bundesregierung einsetzen.

## **Zahlreiche neue Forschungsprojekte**

Studien zu Rassismus im Alltag und im Recht, zum Hass auf Juden, Musliminnen, Sinti und Roma sollen in Auftrag gegeben werden. Ein Monitoring zu Rassismus und Diskriminierung wird geschaffen und laut Beschluss dauerhaft gefördert, Migrationsforschungsinstitute wie das DeZim in Berlin sollen ebenfalls auf Dauer mehr Mittel bekommen. Den Vertreterinnen und Vertretern von Minderheiten will man die Wege zur institutionellen Politik verkürzen, für schwarze Menschen, Sinti und Roma werden Koordinierungsstellen geschaffen.

## **Expertenrat aus Migrantenorganisationen und Wissenschaft soll Bundesregierung beraten**

Um die Bundesregierung zu Fragen der Integration, Teilhabe und Bekämpfung von Rassismus zu beraten, wird bei der Beauftragten für Flüchtlinge, Migration und Integration der Bundesregierung ein Expertenrat für Integration und Vielfalt eingesetzt. Damit soll die Sichtweise der Betroffenen in den Mittelpunkt gestellt werden und die Expertise in den Migrantenorganisationen und der Wissenschaft dauerhaft gehört und berücksichtigt werden, auch in anderen Politikbereichen.

**Anmerkung:**

Das Konzept zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus ist ausdrücklich zu begrüßen. Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Präventionsarbeit und ihre Verstetigung vor Ort ist eine dauerhafte und verlässliche Finanzierungsgrundlage. Ein wichtiger Schritt ist, dass nun ein verbindlicher Organisations- und Finanzierungsrahmen geschaffen werden soll. Bestehende Programme müssen aber noch besser miteinander abgestimmt und vernetzt werden. Betroffene, die Entscheidungsträger in Kommunen, Arbeitgeber, Schulen, Lehrer, Verbände und Vereine vor Ort müssen bei der Präventionsarbeit stärker unterstützt werden. Die Einrichtung von zentralen Beratungsstellen und Opferschutz-Plattformen sind hierfür wichtige Ansätze.

Die beste Präventionspolitik im Bereich des Extremismus ist aus kommunaler Sicht schließlich eine umfassende und dauerhafte Unterstützung, des bürgerschaftlichen Engagements sowie politischer Bildung und Jugendarbeit vor Ort.

Der Maßnahmenkatalog ist in unserem Internetangebot abrufbar unter

**[www.kommunales-sachsen-anhalt.de](http://www.kommunales-sachsen-anhalt.de)**

*(SGSA/Mitgliederservice/Themengebiete/Recht, Sicherheit und Ordnung).*

*li-ru*